Sitzungsvorlage
Anfrage

Nr.: 2015/132

Anfrage der SOLI-Fraktion vom 13.09.2015 zur EU-Wasserrahmenrichtlinie, zur Grundwasserentnahme und zum Grundwasserstand

Kreistag	24.09.2015	TOP
----------	------------	-----

Per E-Mail eingegangen am 13.09.2015

SOLI-Kreistagfraktion

Wir bitten folgende Fragen zur kommenden Kreistagssitzung am 24.9.2015 zu beantworten:

I. Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Seit dem Jahr 2000 besteht die Vorgabe der EU, die EU-Wasserrahmenrichtlinie bis Ende des Jahres 2015 umzusetzen.

- Wie weit und durch welche Maßnahmen ist die EU-Wasserrahmenrichtlinie bei uns im Landkreis umgesetzt worden?
- Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität sind seitens des Landkreises zukünftig geplant?
- Wurden zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie Fördermittel beansprucht, um die Wasserqualität der Gewässer zu verbessern?
- Falls keine Fördermittel beansprucht wurden, was ist der Grund dafür?

Eine Übersichtskarte des NLWKN vom 31.10.2008 zeigt, dass die Fließgewässer im Landkreis Lüchow-Dannenberg z.T. von schlechter Wasserqualität gewesen sind.

- Wie weit hat sich die Wasserqualität verbessert?

II. Grundwasserentnahme

Am 31.7.2015 teilte der Landkreis in einer amtlichen Bekanntmachung unter „Feststellung gemäß §3a UVPG“ mit, dass vom Beregnungsverband Gartow, der Beregnungsgemeinschaft Püggen sowie vom Wasserverband Dannenberg – Hitzacker beantragt wurde, Grundwasser zur Feldberegnung bzw. Trinkwasserversorgung aus Brunnen zu entnehmen. Hierzu sei keine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig.

- Aus welchen Gründen ist keine UVP nötig?

III. Grundwasserstand

Auf Anfrage der SOLI-Kreistagsfraktion zur KT-Sitzung am 6.7.2015 teilte die Verwaltung mit, dass eine Einschränkung der Feldberegnung für Energiepflanzen dann möglich wäre, wenn der „Tatbestand einer Grundwasserbeeinträchtigung“ vorhanden wäre.

- Anhand welcher Kriterien wird festgestellt, dass der „Tatbestand einer Grundwasserbeeinträchtigung“ gegeben ist?

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu I. Umsetzung der EU -Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Die Wasserrahmenrichtlinie beinhaltet in Artikel 11 Vorgaben, nach denen Maßnahmenprogramme festzulegen sind, um die Ziele gemäß Artikel 4 WRRL zu erreichen. Die Mitgliedstaaten im Einzugsgebiet der Elbe haben diese Maßnahmenprogramme für ihr Hoheitsgebiet aufzustellen. Die WRRL ist zur Zeit mit ihren Zielvorgaben bis zum Jahre 2027 ausgerichtet und bis dahin sind jeweils 6- jährige Bewirtschaftungszeiträume vorgesehen. Der 1. Bewirtschaftungszeitraum von 2009 bis 2015 beinhaltete als wesentlichen Maßnahmenpunkt landesweit die Herstellung der Durchgängigkeit in den Fließgewässern, d. h. Beseitigung von Staubauwerken und Anlage von Fischtreppen. Diese Anforderungen werden und wurden im Landkreis Lüchow - Dannenberg schon seit mindestens 20 Jahren , also auch bereits lange vor der EU-WRRL in den Quellbächen des Drawehns umgesetzt, indem an vorhandenen Mühlenstandorten Umfluter gebaut worden sind. Zur Zeit sind noch die Fischaufstiegsanlagen in der Jeetzel in Planung und im Gespräch ist auch ein neuer Fischpass am Gartower See.

Zur Verbesserung der ökologischen Gewässereigenschaft ist in verschiedenen Nebengewässern der Jeetzel Sohlsubstrat (Kies) eingebracht und die Unterhaltung der Gewässer reduziert worden. Alle Maßnahmen werden in der Regel vom Unterhaltungspflichtigen beantragt und durchgeführt, weil grundsätzlich ein mindestens 10 %- Eigenanteil zu erbringen ist. Als Maßnahmen sind in den letzten Jahren Kieseinbringungen in der Dumme und im Harlinger Mühlenbach realisiert worden. In der Dumme sind bei Bültz und in Bergen Mäander hergestellt und Altarme wieder angeschlossen worden.

Als zukünftige Maßnahmen sollen in den Gewässern Sandfänge erstellt und weitere Gewässerrenaturierungen untersucht werden. In der Genehmigung des Flurbereinigungsverfahrens Jeetzelbrücken sind weitere umfangreiche naturschutzfachliche Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der EU- WRRL enthalten.

Die Gewässergütekartierung beinhaltet eine Vielzahl von Anforderungen und bewertet den guten chemischen und ökologischen Zustand bzw. das gute ökologische Potenzial des jeweiligen Gewässers anhand von Untersuchungsergebnissen. Wie bereits in 2008 bestätigt auch die Neubewertung für alle niedersächsischen Fließgewässer in 2014 den mäßigen bis schlechten Zustand der Gewässer, so dass auch für den neuen Bewirtschaftungszeitraum bis 2021 eine Zielerreichung als unwahrscheinlich eingestuft wird.

Infolge dieser hohen Anforderungen aus der EU WRRL ist zu erwarten, dass Änderungen der EU WRRL unerlässlich sind, weil eine unerfüllbare Richtlinie mit den genannten zeitlichen Zielvorgaben keine zufriedenstellende Lösung darstellt.

Zu II. Grundwasserentnahme

Die Feststellung der UVP-Pflicht von Projekten nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und dem Niedersächsischen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) richtet sich nach Anlage 1 zum UVPG. Nach Ziffer 13.3.2 ist für Grundwasserentnahmen von 100.000 m³ bis 10 Mio. m³ eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen. In dieser Vorprüfung ist die Erheblichkeit des Vorhabens in Bezug auf nachteilige Umweltauswirkungen zu beurteilen.

Bei den veröffentlichten Vorprüfungsergebnissen handelt es sich vom Grundsatz her um Verlängerungsanträge, weil für alle drei Vorhaben bereits alte Erlaubnisse bestanden haben und diese Grundwasserentnahmen anhand der Aufzeichnungen von Grundwasserständen der Beobachtungsbrunnen und Grundwassermessstellen, nachweislich keinen signifikanten Einfluss auf die Umweltbelange gehabt haben. Eine erhebliche nachteilige Auswirkung auf die Umwelt im Sinne des UVPG war somit nicht zu erwarten und damit auch keine UVP durchzuführen.

Zu III. Grundwasserstand

Nach Wasserrecht sind Benutzungen nach § 9 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) erlaubnispflichtig. In der Erlaubnis für eine Gewässerbenutzung werden alle Umstände geregelt, die erforderlich sind um nachteilige Wirkungen für andere zu vermeiden oder auszugleichen. Nur wenn eine nachteilige Wirkung nicht durch Inhalts- und Nebenbestimmungen ausgeschlossen werden kann, ist der Tatbestand einer Grundwasserbeeinträchtigung gegeben, so dass bereits im Erlaubnisverfahren eine Einschränkung oder Versagung erfolgen würde. Bei der Beregnung von Energiepflanzen handelt es sich vom Zweck her um eine landwirtschaftliche Feldberegnung, der hinreichend bestimmt ist. An die Bezeichnung des Benutzungszweckes dürfen keine übertriebenen Anforderungen gestellt werden, regelmäßig genügt eine Angabe in allgemeiner Form, sofern damit ein unkontrollierbarer Übergang zu - wasserwirtschaftlich oder im Hinblick auf das Wohl der Allgemeinheit relevanten - anderen Benutzungszwecken ausgeschlossen werden kann (Kommentar WHG).

Eine Veränderung der Natur und Landschaft hängt sicher nicht erheblich von der Feldberegnung ab, sondern ist ein ständiger dynamischer Prozess, der auch ohne anthropogene Einflüsse vorhanden ist. Entscheidend ist dabei nur, ob die Feldberegnung grundwassernahe Ökosysteme beeinträchtigt. Diese Fälle sind bei der Antragstellung berücksichtigt und werden von hier geprüft, weil eine Erlaubnis nur erteilt werden kann, wenn es zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen kommen kann.

Die Einschränkung der Feldberegnung auf einzelne Kulturen halte ich aus wasserrechtlicher Sicht dagegen für nicht zulässig, weil es dem Landwirt überlassen bleibt, für welche Kultur er das Wasser verwenden will. Gegenstand einer Genehmigung ist nur der jeweilige Zweck -hier die landwirtschaftliche Feldberegnung- und nicht eine Reglementierung zwischen den einzelnen Kulturpflanzen, die auf den Standorten jährlich wechseln. Was ein Betrieb produzieren möchte, ist eine ausschließlich unternehmerische Entscheidung.

Die wasserrechtlichen Genehmigungen stehen unter dem Vorbehalt einer sparsamen Verwendung und einer Zweckbindung und sind hinsichtlich der Menge begrenzt. Der Einwand, dass mit der Feldberegnung eine intensive Ertragssteigerung vorgenommen werden soll, ist weder aus umweltrechtlicher Sicht noch aus ökonomischen Gründen für den Landwirt möglich, weil beide Faktoren begrenzend wirken, denn auch die Feldberegnung kostet Geld.

Die Beregnung von Energiepflanzen stellt daher keine Grundwasserbeeinträchtigung dar.